

Protokoll über die 18. Sitzung des Kreisausschusses
am 09. Februar 2026

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 16:34 Uhr

Anwesende: Landrat Thomas Ahke
Hans-Joachim Roth, FG CDU/ABL
Annette Lehmann, FG CDU/ABL
Iven Görbig, AfD-Fraktion
Andreas Henning, SPD-Fraktion
Marko Groß, Fraktion FWG-UH/FDP, i. V. für Herrn Montag

entschuldigt: Cordula Eger, Fraktion LINKE/Grüne

Verwaltung: Cindy Engelhardt-Schütze, FBL 1

Schriftführung: Andrea Junker, Kreistagsbüro

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls der 17. Sitzung des Kreisausschusses vom 24. November 2025
- 5 Genehmigung einer Dienstreise des Herrn Alexander Blankenburg, Fraktion FWG-UH/FDP
- 6 Vorbereitung der Kreistagssitzung am 24. Februar 2026
- 7 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 8 Verhandlungsvergabe Nr. 130-2024-UHK-GLM_Los 4: Regelschule Weberstedt Sanierung Sporthalle - Planungsleistung TA (Elektro)
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Zum TOP 01 – Eröffnung und Begrüßung

Der Landrat eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Kreisausschussmitglieder.

Zum TOP 02 – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Landrat stellte mit sechs von sieben anwesenden Kreisausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Zum TOP 03 – Bestätigung der Tagesordnung

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Tagesordnung auf. Sie wurde einstimmig mit 6 Ja-Stimmen angenommen.

Bestätigte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls der 17. Sitzung des Kreisausschusses vom 24. November 2025
- 5 Genehmigung einer Dienstreise des Herrn Alexander Blankenburg, Fraktion FWG-UH/FDP
- 6 Vorbereitung der Kreistagssitzung am 24. Februar 2026
- 7 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 8 Verhandlungsvergabe Nr. 130-2024-UHK-GLM_Los 4: Regelschule Werberstedt Sanierung Sporthalle - Planungsleistung TA (Elektro)
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Zum TOP 04

Mit der Drucksache-Nr.: KA/BV/180/2026 lag die Verwaltungsvorlage - Genehmigung des Protokolls der 17. Sitzung des Kreisausschusses vom 24. November 2025 – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Das Protokoll der 17. Sitzung des Kreisausschusses des Unstrut-Hainich-Kreises vom 24. November 2025 wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/B/180-18/2026.**

Zum TOP 05

Mit der Drucksache-Nr.: KA/BV/179/2026 lag die Verwaltungsvorlage – Genehmigung einer Dienstreise des Herrn Alexander Blankenburg, Fraktion FWG-UH/FDP – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Die Dienstreise des Herrn Alexander Blankenburg, Fraktion FWG-UH/FDP am 05. März 2026 nach Sondershausen, Berufsschulzentrum Kyffhäuserkreis zum Bildungssymposium „Berufsbildung 2030 – Herausforderungen und Chancen“ wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 6 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/B/179-18/2026.**

Zum TOP 06 – Vorbereitung der Kreistagssitzung am 24. Februar 2026

Der Landrat verwies auf die vorgesehene Tagesordnung der Kreistagssitzung am 24. Februar 2026 und erläuterte die Tagesordnungspunkte.

Herr Görbig fragte, bezogen auf TOP 11 - Bestellung eines Vertreters des Unstrut-Hainich-Kreises in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung -, welche Aufgaben dieser Zweckverband erfülle? Welche Kosten würden anfallen? Könne der Landkreis diese Aufgabe nicht selbst erfüllen? Um wie viele Fälle handele es sich im Jahr?

Der Landrat antwortete, dass es sich um keinen regionalen, sondern um einen thüringenweiten Zweckverband handele, der diese sehr spezielle Aufgabe für die Landkreise erledige. Man werde die Fragen des Herrn Görbig beantworten.

Frau Engelhardt-Schütze erläuterte die TOP 26 - Information über die Anhörung des UHK durch das Thüringer Landesverwaltungsamt als Rechtsaufsichtsbehörde zur Anordnung der Neufestsetzung von Umlagesoll und Umlagesatz in § 4 der Haushaltssatzung des UHK für das Haushaltsjahr 2010 gemäß § 120 Abs. 1 S. 2 ThürKO - verbunden mit der Androhung der Ersatzvornahme - Anhörungsschreiben vom 03.02.2026 - zugegangen am 04.02.2026 – und 27 - Information über die Anhörung des UHK durch das Thüringer Landesverwaltungsamt als Rechtsaufsichtsbehörde zur Anordnung des Erlasses einer Haushaltssatzung des UHK für das Haushaltsjahr 2012 gemäß § 120 Abs. 1 S. 2 ThürKO verbunden mit der Androhung der Ersatzvornahme - Anhörungsschreiben vom 03.02.2026 - zugegangen am 04.02.2026 -.

Das Landesverwaltungsamt habe angekündigt, die Bescheide entsprechend zu erlassen und gebe dem Landkreis bis zum 10. März 2026 Gelegenheit sich zu äußern. Erlasse der Unstrut-Hainich-Kreis die Bescheide nicht, werde das Landesverwaltungsamt anstelle und auf Kosten des Kreises die Beschlüsse fassen. Daher habe die Verwaltung die Informationen über die Anhörung auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung gesetzt und beabsichtige die Beschlussvorlagen in der Kreistagssitzung am 30.03.2026 erneut zur Beschlussfassung zu stellen.

Inhaltlich gebe es keine Änderungen. Das Landesverwaltungsamt verweise auf die Pflicht der Einnahmenbeschaffung und Gleichbehandlung aller Kommunen.

Herr Henning meinte, der Kreistag habe die Beschlussvorlagen bereits abgelehnt, warum müsse er sich erneut damit befassen?

Frau Engelhardt-Schütze erwiderte, dass vor Erlass der Ersatzvornahme eine Anhörung stattfinden müsse. Dem Kreistag müsse die Möglichkeit gegeben werden, seine Entscheidung zu revidieren. Das Landesverwaltungsamt halte sich hier streng an die Vorschriften des Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes.

Herr Groß verwies auf die drohenden Kosten, die dem Kreis entstehen, wenn das Landesverwaltungsamt die Ersatzvornahme durchführe.

Der Landrat gab bekannt, dass der Kreistag die Entscheidung treffen solle, die unausweichlich und notwendig sei.

Herr Henning erwiderte, dass die Mehrheit des Kreistags sich nicht in der Lage sah, etwas aus den Jahren 2010 oder 2012 zu entscheiden.

Der Landrat merkte an, dass es dann Aufgabe des Kreistages sei, sich den notwendigen Sachverstand zu holen. Die Verwaltung war zu jeder Zeit bereit, Informationen bereitzustellen.

Her Roth stellte fest, dass alle Argumente ausgetauscht seien. Das Thema sollte einfach erneut abgestimmt werden.

Herr Görbig führte aus, dass es sich um Scheinbeschlüsse handele, da der Kreistag keine Entscheidungsmöglichkeit habe.

Der Landrat widersprach. Es sei die Pflicht des Kreistages, eine Entscheidung zu treffen.

Herr Görbig erwiderte, es werden Dinge zur Abstimmung gestellt, die nicht abzustimmen seien. Stimme der Kreistag nicht zu, mache es einfach das Landesverwaltungsamt.

Herr Roth verwies auf die Verantwortung der Kreistagsmitglieder gegenüber dem Kreis.

Herr Groß gab bekannt, dass der Kreis gegen die Ersatzvornahme des Landesverwaltungsamtes klagen könnte. Man wolle und müsse Schaden vom Kreis abwenden.

Der Landrat ergänzte, der Kreistag müsse die Entscheidung treffen. Tue er es nicht, erlasse das Landesverwaltungsamt die Ersatzvornahme und diese sei kostenpflichtig für den Kreis.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Der Landrat verwies auf die gemeinsame Sitzung aller Ausschüsse zum Haushalt 2026 am 02. März 2026, 16:30 Uhr im Barbaraheim Ähnlich wie letztes Jahr wolle die Verwaltung hier allen Kreistagsmitgliedern den Haushalt vorstellen.

Der Haushalt sei ausgeglichen. Die Kreisumlage sei, wie angekündigt, wieder um 1 % gesenkt worden.

Er bitte, sofern die Fraktionen Änderungsanträge stellen wollen, diese zeitnah einzureichen, damit die Verwaltung ausreichend Zeit habe, die Auswirkungen zu prüfen und den Haushalt wieder auszugleichen.

Weitere Ausführungen zur Tagesordnung der Kreistagssitzung am 24. Februar 2026 wurden nicht gemacht.

Zum TOP 07 – Sonstiges

Es gab keine Wortmeldungen.

Damit war der öffentliche Teil der Sitzung des Kreisausschusses beendet.

Nichtöffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses vom 09. Februar 2026

Der Landrat stellte um 16:32 Uhr fest, dass die Nichtöffentlichkeit der Sitzung hergestellt sei.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Damit war die Sitzung des Kreisausschusses beendet.

Junker
Schriftführerin

bestätigt: Ahke
Landrat